

Sozialdemokrat

Einzelpreis 70 Heller
(einschließlich 5 Heller Porto)

ZENTRALORGAN
DER DEUTSCHEN SOZIALDEMOKRATISCHEN ARBEITERPARTEI
IN DER TSCHECHOSLOWAKISCHEN REPUBLIK

ERSCHEINT MIT AUSNAHME DES MONTAG TÄGLICH FRÜH. REDAKTION UND VERWALTUNG PRAG XII., FUCHOVA 42. TELEFON 53077. ADMINISTRATION TELEFON 53076.
HERAUSGEBER: SIEGFRIED TAUB. CHEFREDAKTEUR: WILHELM NIESSNER. VERANTWÖRTLICHER REDAKTEUR: DR. EMIL STRAUSS, PRAG.



14. Jahrgang

Donnerstag, 20. September 1934

Nr. 220

Spannung in Madrid

Goering-Methoden in Spanien?

Nach einer Neuter-Meldung aus Madrid habe die Polizei dort alle Maßnahmen zur Unterdrückung der für gestern Abend erwarteten revolutionären Aktion getroffen, zu der die Sozialisten bereits seit längerer Zeit in großem Maße gerüstet hätten.

Die jüngsten Meldungen aus Madrid lassen befürchten, daß die Rechtskreise dort mit allen Mitteln eine Handhabe suchen, um gegen die Linke radikal vorzugehen. Am Montag brachte eine Madrider Zeitung, und nach ihr natürlich sämtliche Rechtsblätter, eine tolle Meldung über einen angeblichen Plan der „Marxisten“, an einem bestimmten Tage einen revolutionären Staatsstreich zu unternehmen, der mit nichts Geringerem als mit der Ermordung des Staatspräsidenten und sämtlicher Kabinettsmitglieder anheben sollte. Danach sollten dann die Arbeiter den ehemaligen Minister Largo Caballero zum Führer ausrufen und ihn beauftragen, die Diktatur des Proletariats zu erklären.

Diese Meldung macht durchaus den Eindruck, als käme der spanischen Regierung eine Art Madridischer Reichstagsbrand durchaus gelegen. Und die diversen Korrespondenzbüros — so auch das Tschechoslowakische — begehen den Fehler, solche Meldungen unbesonnen zu übernehmen und zu verbreiten, ohne pflichtgemäß auch eine andere als die durchsichtige reaktionäre Quelle in Madrid zu benützen. Auf diese Weise tragen sie ihr Möglichstes dazu bei, die ohnehin unklare Lage in Spanien noch zu verdunkeln.

Redeverbote und Pressestrafen

(Madrid.) Die Regierung verbietet, indem sie von der jüngsten Unterdrückung der Abhaltung aller öffentlichen Kundgebungen und politischen Versammlungen Gebrauch machte, eine Volksversammlung, in welcher der ehemalige Ministerpräsident und Führer der radikalen Partei Lerroux, deren Mitglieder fast alle Minister der gegenwärtigen Regierung sind, sprechen sollte.

Ueber Antrag des Staatsanwaltes wurden drei radikale Blätter beschlagnahmt und der Direktor des Linksblattes „La Voz“ wegen eines Artikels über die Auslieferung von Waffen im Arbeiterwohnheim zu 1000 Peseten Geldstrafe verurteilt.

Waffen

(Madrid.) Die Polizei hat Mittwoch früh neue geheime Waffenlager in Madrid aufgedeckt. Zwei Zivilgardisten hielten im Universitätsviertel ein Lastautomobil an, und als sie fragten, was darin enthalten sei, gaben in einem anderen Automobil befindliche Personen einige Revolver scheinbar auf sie ab. Die Gardisten erwiderten das Feuer und verhafteten schließlich zwei Personen, Universitätsstudenten, die in extrem linken Parteien organisiert sind. Bei der Durchsichtung des Lastautomobils fand man vier Maschinenpistolen, eine Menge Gewehre, Bomben und Munition.

Keine Kürzung der Staatsbeamten-Pensionen

Prag. Einige Blätter brachten die Nachricht, daß eine Kürzung der Pensionen der Staatsbeamten vorbereitet wird. Das Tschechoslowakische Pressbüro ist von kompetenter Stelle zu der Erklärung ermächtigt, daß diese Nachrichten, soweit sie die Zeitungen verzeichnen haben, vollständig erfunden sind. Ueber etwas Derartiges wurde an maßgebenden Stellen überhaupt nicht verhandelt und es hat auch niemand eine derartige Forderung erhoben.

Streik in USA wächst Ab Montag weitere 100.000 Mann im Ausstand

(Washington.) Der Vollzugsrat der amerikanischen Textilarbeiter-Gewerkschaften hat den Streikaustritt ermächtigt, auch für die übrigen angeschlossenen Gewerkschaften der Kunstseideindustrie, der chemischen Kautschukindustrie und der Textilwarenindustrie den Generalsstreik zu erklären. Der Vorsitzende des Streikaustritts Gorman erklärte, daß der Streik am Montag beginnen werde. Durch die Streikaustrittsaktion würden weitere 100.000 Arbeiter betroffen. Weitere Meldungen besagen, daß immer neue Textilbetriebe stillgelegt werden, daß aber in den Südstaaten angeblich nur ein Drittel der Textiler im Streik stehen.

In Belmont (Nordkarolina) machten sich etwa 400 Streikende am Dienstag abends daran, eine Fabrik mit Steinen zu bewerfen. Sie wurden von Nationalgardisten auseinandergetrieben, wobei einige durch Bajonettstiche verletzt wurden.

In Waterville (Staat Maine) kam es zwischen den Streikenden und der Polizei zu heftigen Zusammenstößen. Die Streikenden warfen in einer Fabrik mit Steinen die Fenster ein. Die Polizei verwendete gegen die Streikenden Gummiknüppel und Tränengas.

Als sie vier Demonstranten verhaftete, versuchte die Menge diese zu befreien, was jedoch missglückte. Es wurde die Nationalgarde einberufen.

In Porterville im Staat Maine stürmten Streikposten die Umzäunung einer großen Textilfabrik und zertrümmerten etwa 100 Fabrikfenster mit Steinwürfen. Fast gleichzeitig kam es vor einer anderen Textilfabrik zu heftigen Zusammenstößen zwischen Polizeibeamten und Streikenden. Der Gouverneur hat mehrere Abteilungen Nationalgarde nach Porterville entsandt. Auch in Partenburg im Staat Süd-Karolina bombardierten Streikende eine Textilfabrik mit Steinen. Überall ging die Polizei mit Tränengasbomben und Gummiknüppeln gegen die Menge vor. In Jittchalle im Staat New York trieben Polizisten und Feuerwehrlente eine fliegende Streikkolonne, die Arbeitswillige angegriffen hatte, mit Tränengasbomben und Wasserstrahlern zurück.

Bei den schweren Unruhen in Nord- und Südkarolina haben bisher

neun Personen den Tod gefunden.

Zahlreiche Arbeiter und Polizeibeamte wurden verwundet.

Der Erfolg der schwedischen Sozialdemokraten

Größer als bei den letzten Reichstagswahlen
Vormarsch auf dem flachen Land

Nun liegen auch die Berichte über die am vergangenen Sonntag in Schweden bei den Landtagswahlen von den einzelnen Parteien erzielten Stimmzahlen vor:

Sozialdemokraten	682.000 (+ 108.000)
Bauernpartei	279.000 (+ 51.000)
Konserverväre	372.000 (- 17.000)
Volkspartei	207.000 (- 6.000)
Linkssozialisten	58.000 (+ 23.000)
Wostau-Kommunisten	42.000 (+ 21.000)
Nationalsozialisten	8.600

Zum Vergleich wurde die Stimmzahl bei den letzten Landtagswahlen im Jahre 1930 genommen.

Der Stimmengewinn der Sozialdemokraten ist noch größer, als der bei den Reichstagswahlen im Jahre 1932, die die sozialdemokratische Regierung in den Sattel hoben.

Sever in Lebensgefahr!

Gestern wurde vom Tschechoslowakischen Pressbüro aus Wien der Tod des Genossen Seber gemeldet. Die Meldung wurde später widerrufen. (Sebers Frau wurde bei den Kämpfen in Dittavring schwer verletzt und erlag ihren Verwundungen. Seber selbst wurde in Haft genommen und wurde im Gefängnis irtünnig.)

Wie ernst es mit dem Genossen Seber bestellt ist, beweist ein uns vorliegender Privatbericht über einen Besuch in der Psychiatrischen Klinik, in der Seber untergebracht ist:

„Ich habe heute den Seber gesehen — und habe geweint. Er ist immer noch auf der Psychiatrischen Klinik und wird wegen eines Krampfleidens zur physikalischen Behandlung in die entsprechende Abteilung gebracht, in der auch ich behandelt werde. Niemals hätte ich in diesem alten, gebrochener Mann Seber erkannt. Ein anderer Patient hat ihn jedoch erkannt. Auf einmal gab unter den Patienten ein Rufen und Nennen, ein Deuten auf einen alten Mann in Spitalskleidung — „der Seber“, „der Seber“ war zu hören. Ich begriff nicht gleich, es ist auch unfa-

bar! Diese eingesunkene Gestalt, diese hilflos blickenden blauen Augen, aus denen auch jetzt nur Güte steht, dieser Haufen von Elend — da s'oll unser Seber sein? Stumm suchten sich unsere Blicke, wir tasteten einander förmlich mit den Augen ab. Sprechen konnten wir nicht, ein strenger Pfleger stand daneben. Aber wir haben uns verstanden — alle haben wir uns verstanden. Das war der Trost dieses trostlosen Augenblicks. Stöhnen, Schreien, Tränen, zusammengekniffene Lippen, schlecht verhehlte Empörung, waren zu sehen. Wie würdelos diese Christenregierung um uns Arbeiter buhlt und von Verführung spricht! Aber nur sprichst, das wurde uns beim Anblick unseres lieben Seber klar. Und es ist nur ein er von unendlich vielen, die da systematisch zu Tode gequält werden. — Nein, wir wollen keine Verführung mit diesen Unchristen — wir wollen Rache!“

Papen in Wien

Wien. Wie das „Weltblatt“ mitteilt, wird der deutsche Gesandte von Papen Ende dieser Woche von seinem Urlaub nach Wien zurückkehren und die Leitung seines Amtes übernehmen.

Der Freiheitskampf an der Saar

Am 13. Jänner 1935 sollen die Bewohner des Saargebiets über ihr zukünftiges staatspolitisches Schicksal entscheiden. Die Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages lassen drei Möglichkeiten für diese Abstimmung zu: Die Rückgliederung des Saargebiets an Deutschland, den Anschluß an Frankreich oder die Aufrechterhaltung des gegenwärtigen staatsrechtlichen Zustandes, der Verwaltung des Saargebiets unter der Kontrolle des Völkerbundes. Vor dem 30. Jänner 1933 stand die Entscheidung der Saarbevölkerung außer jedem Zweifel. Sie hätte sich für Deutschland ausgesprochen, denn sie ist ein Teil des deutschen Volkes, und sie hat die Zeit der Völkerbundsregierung im Saargebiet stets nur als eine Episode in der Geschichte dieses Teils des Deutschen Reiches angesehen, die sie so schnell wie möglich durch die Rückgliederung des Saargebiets an Deutschland beenden wollte.

An diesem eindeutigen Bekenntnis zu Deutschland hat sich bis heute bei der ganz überwiegenden Mehrheit der 520.000 Abstimmungsberechtigten nichts geändert. Wenn trotzdem der Abstimmungskampf an der Saar zu einem europäischen Ereignis geworden ist, wenn heute an der Saar täglich und stündlich ein erbitterter Kampf um die Sicherung einer freien und unabhängigen Volksabstimmung geführt wird, dann ist das ausschließlich und allein S'itlers Werk. Das Dritte Reich, das jetzt mit einem ungeheuren Aufwand an Mitteln, mit allen Schikanen des Terrors und des Gewissenszwanges die Entscheidung im Saargebiet für Hitlerdeutschland erzwingen will, hat nichts gemein mit dem Deutschland der Demokratie, der Freiheit und der Kultur, zu dem die Saarländer zurückkehren wollen. An den Grenzen des Saargebiets beginnt heute die Welt einer Diktatur, die Recht und Gesetz mit Füßen tritt, und die kein anderes Ziel kennt als die staatliche Macht, Wirtschaft und Kultur eines 65 Millionen-Volkes den reinsten Parteiinteressen dienstbar zu machen.

Die Saarländer haben die grauenvolle Entwicklungsgeschichte der Hitlerdiktatur anderthalb Jahre miterlebt; aber nicht als rechtlose Objekte dieser Entwicklung, sondern als Menschen, die noch die Freiheit der Entscheidung über ihr zukünftiges Schicksal besitzen. Sie wissen heute, daß die Völkerbundsverwaltung im Saargebiet trotz aller ihrer Mängel dem Schicksal vorzuziehen ist, das ihnen im Falle einer Rückgliederung an das Reich unter der Herrschaft Hitlers blüht. Aus dieser Erkenntnis ist die Parole entstanden, die heute die Parole aller freiheitliebenden Saarländer ist: Für Deutschland, aber gegen Hitler! Keine Auslieferung des Saargebiets an die Hitlerdiktatur, sondern Aufrechterhaltung des jetzigen staatsrechtlichen Zustandes, des status quo.

Der Kampf für diese Parole wurde zuerst allein geführt von der Freiheitfront an der Saar, in der die sozialdemokratische Partei des Saargebiets, die freien Gewerkschaften und die Arbeiter-Sport- und Kulturorganisationen zusammengeschlossen sind. Der Hauptgegner der Freiheitfront ist die Deutsche Front, die Sammelorganisation aller der Verbände und Gruppen, die kein anderes Ziel kennen, als diesen letzten Zipfel freien deutschen Landes dem braunen Terror auszuliefern. Die Deutsche Front bezieht die Mittel und Methoden ihres Kampfes aus Hitlerdeutschland. Sie lockt mit großen Versprechungen, sie arbeitet mit enormen Geldmitteln, sie terrorisiert, sie bojkottiert, sie beschimpft jeden Andersdenkenden als Landesverräter, kurzum, sie erweist sich als treue Dienerin und gelehrige Schülerin Hitlers und Goebbels.

Hitler und seine Kumpane fürchten die Abstimmung. Sie wissen, daß ihre Aussichten vor allem nach dem 30. Juni und nach dem 25.

Zufi stark gesunken sind. Sie kennen die wirklichen Abstimmungsergebnisse vom 19. August in den Wahlbezirken an der Saarergrenze, in denen selbst die amtlichen Veröffentlichungen 40 bis 50 Prozent Klein-Stimmen zugeben mußten. Ein Sieg der Status-quo-Anhänger oder auch nur die Erringung einer großen Minderheit für den Status quo würde die schmerzliche Niederlage politischer Niederlage Hitlers bedeuten und sie würde vor allem in Deutschland selbst dem Glauben an die Unbefiegbarkeit Hitlers einen entscheidenden Stoß verleihen. Es wird ihnen daher in den nächsten Monaten keine Summe zu hoch und kein Mittel zu schlecht sein, um die Entscheidung in ihrem Sinne zu beeinflussen.

Auf der anderen Seite befindet sich die Freiheitsfront seit Wochen in der Offensive. Sie entfaltet nicht nur eine starke werbende Kraft in den Kreisen der sozialdemokratischen Anhänger, sondern ihre Parole gewinnt auch an Werbekraft in der katholischen Bevölkerung des Saargebietes. Die Katholiken bilden im Saargebiet mit 72 Prozent der Bevölkerung den entscheidenden politischen Faktor, und für sie stand noch lange nach dem 30. Jänner 1933 die Abstimmung für Deutschland außer Frage. Jetzt aber, nach dem 30. Juni, nach der Ermordung führender katholischer Persönlichkeiten, nach der Unterdrückung der katholischen Jugendorganisationen und unter dem Eindruck der ständigen Bedrohung der katholischen Glaubens- und Lehrfreiheit wächst die Zahl derer von Tag zu Tag, die vor einem „Ja“ für Hitlerdeutschland zurückzureden und die die weitere Entwicklung des Dritten Reiches nach dem 13. Jänner 1935 doch lieber unter dem wirksamen Schutz des Völkerbundes abwarten möchten.

Während dieser Stimmungsumschwung in der katholischen Bevölkerung auch bürgerliche Schichten erfährt, hat die Front der Anhänger des Status quo im Lager der Arbeiterschaft eine bedeutsame Verstärkung durch die Herstellung einer Einheitsfront zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten erfahren. Die Kommunisten im Saargebiet haben bei den letzten Wahlen zum Landesrat eine wesentlich höhere Stimmenzahl erzielt als die Sozialdemokraten. Ihre Haltung im Abstimmungskampf ist deshalb von erheblicher Bedeutung. Bis zum Abschluß des Einheitsfrontabkommens haben sie die völlig unsinnige Parole eines selbständigen Räte-Saaraats vertreten und lehnten die „separatistische“ Parole der Freiheitsfront schroff ab. Als jedoch der Abstimmungskampf intensiver wurde und als die Gefahr näher rückte, daß die Aufrechterhaltung einer selbständigen, aber ausichtslosen kommunistischen Parole zu einem sicheren Sieg der Deutschen Front, zu einer Auslieferung des Saargebietes an die Hitlerdiktatur führen könnte, schlossen sich die Kommunisten dem Standpunkt der Freiheitsfront an und entschlossen sich für den Status quo. Erst nach diesem Kurswechsel, erst nach der Anerkennung des sozialdemokratischen Standpunktes in der entscheidenden politischen Frage, kam

es zu der Vereinbarung zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten, den Saarkampf in gemeinsamer Front für die sozialdemokratische Parole zu führen. Es handelt sich hier also um eine Aktionsgemeinschaft, die sich nicht allein stützt auf die Übereinstimmung der beiden Partner im Negativen, nämlich in der Ablehnung der Hitlerdiktatur, sondern vor allem im Positiven, in der Erhaltung des gegenwärtigen staatsrechtlichen Zustandes.

Wenn daher in den Diskussionen über die Saarfrage auch das bedeutungsvolle Ereignis eines Zusammengehens zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten eine Rolle spielt, so darf nie außer acht gelassen werden, daß im Saargebiet diese Zusammenarbeit zustandegekommen ist auf der Grundlage der Anerkennung des sozialdemokratischen Standpunktes durch die Kommu-

nisten. Leider sind die Fälle sehr selten, in denen die Kommunisten dadurch eine ernsthafte Diskussion über ein gemeinsames Zusammengehen der Arbeiterschaft ermöglichen, daß sie sich in den entscheidenden Fragen der praktischen Politik der Arbeiterschaft dem Standpunkt der Sozialdemokratie anschließen.

Für das Saargebiet bedeutet die Einheitsfront zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten zweifellos eine erhebliche Stärkung der Erfolgsaussichten des Freiheitskampfes. Die Möglichkeit ist gegeben, daß das Saargebiet am 13. Jänner der Welt ein Beispiel gibt, daß der Faschismus, in welcher Färbung er sich auch repräsentiert, geschlagen wird, wenn die Massen der Arbeiterschaft und darüber hinaus alle freiheitsliebenden Kräfte sich zusammenschließen im Kampf für Rechte und Menschenwürde, für Freiheit und Frieden.

Bürgerliche Einheitsfront in Böhmen-Leipa

Henlein an der Spitze des antimarxistischen Blocks

In Böhmen-Leipa werden — möglicherweise am 14. Oktober — Gemeindevahlen stattfinden, die deswegen fällig sind, weil der Ortsteil Utepa, der bisher zur politischen Gemeinde Böhmen-Leipa gehört hat, nunmehr selbständige Gemeinde geworden ist. Unter den bürgerlichen Parteien sind nun allerhand Konzentrationsbestrebungen im Gange, um der Sozialdemokratie möglichst einheitlich entgegenzutreten. Zunächst ist — beziehungsweise von der Partei des Herrn Spina, der bekanntlich noch immer Minister der Tschechoslowakischen Republik ist — ein Wahlbündnis zwischen dem Bund der Landwirte, der Gewerkepartei und der Heimatsfront, also eine Einheitsliste Spina-Sienzl-Henlein vorgeschlagen worden. Dagegen gab die Arbeits- und Wirtschaftsgemeinschaft und gab auch die Christlichsozialen (dies alles meldet die „Bohemia“) die Anregung, Verhandlungen mit allen deutschen Parteien, auch der deutschen Sozialdemokratie, einzuleiten, um eine gemeinsame deutsche Liste aufzustellen. Nun macht aber die Pressestelle der Sudetendeutschen Heimatsfront der „Bohemia“ die „erfreuliche“ Mitteilung, daß die Heimatsfront den Gegenvorschlag einer Einheitsliste aller deutschen nichtmarxistischen Parteien machen werde. Bezeichnend ist zunächst, daß dieser Vorschlag der Heimatsfront von der „Bohemia“ als erfreulich bezeichnet wird. Die Leipziger Sozialdemokraten schlagen eine deutsche Einheitsliste vor, in die auch die Sozialdemokraten einbezogen werden sollen, das Hauptorgan derselben Partei, die „Bohemia“, aber findet die einheitliche antimarxistische Liste „erfreulich“, woraus hervorgeht, daß das Hauptorgan der demokratischen Partei stolz darauf ist, reaktionärer zu sein als die Leipziger Demokraten, was diese sicherlich nicht unbeachtet lassen werden. Aber das ist nicht die Hauptsache bei der ganzen Geschichte. Interessanter ist, daß Herr Henlein den gesamten bürgerlichen Heerbann um sich sammeln und als bürgerlich-kapitalistischer St. Georg den Drachen

Proletariat erlegen will. Da gibt sich der Herr Sandner so viel Mühe, auch Arbeiter für die Heimatsfront zu gewinnen, aber die Kameradschaftsbündler, die in der Hauptleitung der Heimatsfront sitzen und als Akademiker auf den Emporkömmling Sandner geringschätzig herabzusehen, setzen ihre Politik der bürgerlichen Sammlung gegen die Sozialdemokratie durch. Die Bekämpfung der Sozialdemokraten ist die erste der ungelarten Aufgaben des Henlein und seines Klüngels — so lange er mit den anderen großen Aufgaben der Gleichhaltung des Sudetendeutschentums nicht heranzukommen kann.

Man kann nur begierig sein, ob der Plan Henlein bei den Wahlen in Leipa die bürgerlichen Parteien unter seiner Führung zu gemeinsamem Vorgehen zu bringen, gelingen wird. Daß die Landbündler und die Demokraten, vielleicht auch die Gewerkepartei mit fliegenden Fahnen zu Henleins Heerbann übergehen werden, ist sehr leicht möglich. Ob aber auch die Christlichsozialen, die in ihrem Hauptorgan der Heimatsfront einige Gefedte geliefert haben, mit Henlein gemeinsame Sache machen werden, bleibt abzuwarten. In den Herzen der Christlichsozialen freisetzt der bürgerlich-antisozialistische Sinn mit dem Parteinteresse, das ihnen gebietet, einen wenn auch vielleicht kleineren Teil der obdachlos gewordenen bisherigen Wähler der deutschnationalen und nationalsozialistischen Partei zu gewinnen. Gehen sie auf Henleins Angebot ein, dann wird für jeden denkenden Menschen klar sein, daß die Polemiken der „Deutschen Presse“ Scheingefechte waren und daß die christlichsoziale Partei ihren Daseinszweck in der Bekämpfung der Sozialdemokratie sieht.

Für die Arbeiterschaft und für jeden wahrhaften Demokraten wäre die bürgerliche Einheitsfront in Leipa, wenn sie zustandekommt, ein außerordentlich wertvoller Anschauungsunterricht. Sie würde das Bestehen einer antidemokratischen Koalition im Sudetendeutschentum unter Führung Henleins anzeigen. Jene Demokraten, die heute noch im Lager der bürgerlichen Parteien stehen, würden dann erkennen, daß es nur eine wahrhaft demokratische Partei im Sudetendeutschentum gibt: die deutsche Sozialdemokratie

mit der alles gehen muß, was die Demokratie in diesem Lande erhalten und damit den Deutschen in der Tschechoslowakei einen Einfluß auf die Staatsgeschäfte sichern will.

Gemeindeabgaben und Landesbeiträge

Der Landesausschuß behandelte in der Sitzung am Mittwoch, den 19. September, u. a. die Richtlinien für die Zuteilung der Landesbeiträge an Gemeinden und Bezirke für das Jahr 1934, nach dem Gesetze Nr. 189 vom 7. November 1930. Bekanntlich hat der Landesausschuß am 28. Feber 1934, den Beschluß gefaßt, den Landesbeitrag nur jenen Gemeinden zu gewähren, in welchen alle Abgaben, besonders aber die Mietzinsabgabe zu den Höchstfähen eingeführt wurden. Dieser Beschluß, auf dessen Realisierung die Bezirksämter drängten, rief in den Gemeinden große Erregung hervor, weil es in den meisten Gemeinden in der Zeit der Wirtschaftskrise unmöglich ist, alle Abgaben und noch dazu zu den Höchstfähen einzuführen. Dieser Aufruhr in den Gemeinden scheint nun doch dem Landesausschuß die Ueberzeugung gebracht zu haben, daß der seinerzeitige Beschluß gemildert werden müsse und führte in der genannten Sitzung dazu, daß nunmehr für die Gewährung der Landesbeiträge an die Gemeinden für das Jahr 1934 wohl nach wie vor die Einführung der Gemeindeabgaben zu den Höchstfähen Voraussetzung ist, aber nur im Prinzip, denn der Landesausschuß sagt in seinem neuen Beschluß: Die Bewilligung der Landesbeiträge nach dem Gesetze Nr. 189/1930 ist von der Einführung der Gemeindeabgaben zu den Höchstfähen abhängig, wenn die hierzu sachlichen Bedingungen gegeben sind und es die örtlichen Verhältnisse ermöglichen. Diese Vänderung des Wortlautes in der wichtigsten Bestimmung der Richtlinien für die Gewährung der Landesbeiträge an Gemeinden, gibt einigermaßen Sicherheit für den gesetzlichen Anspruch der notleidenden Gemeinden auf einen Beitrag von Seite des Landes zum Ausgleich des Voranstrages und schafft die Möglichkeit zu sachlicher Arbeit in der Gemeinde.

Der Zusammentritt des Wirtschaftsrates der Kleinen Entente in Belgrad wurde für den 24. d. M. festgesetzt.

Der „Prager Mittag“ antwortet uns mit einer längeren Notiz, die darzutun soll, daß die Art seiner Aufmachung des Burgenlandjubiläums für die Habsburger kein Hilfsdienst für die Habsburger war. Wir nehmen die Erklärung des „Prager Mittag“ in der Hoffnung zur Kenntnis, daß er künftighin im Handeln wie im Unterlassen den sonderbaren Eindruck tilgen wird, den seine Haltung zu Desterreich in den letzten Wochen hervorrief und der auch der Anlaß unserer notwendigen Fragestellung war.

Gamelin bei Šamal

(Prag.) Der Chef des Generalstabes der französischen Armee, Armeegeneral Gamelin, besuchte Dienstag um 11 Uhr vormittags den Kanzler des Präsidenten der Republik Dr. Šamal. Er schrieb sich in das Audienzbuch ein und ersuchte den Kanzler, dem Präsidenten der Republik seine Verehrung und Grüße zu übermitteln.

Ein Tatsachen-Roman

Polna — Hilsner — um die Jahrhundertwende waren diese Namen jedem europäischen Zeitungsleser geläufig. Das kleine böhmische Städtchen an der südwestlichen Grenze Mährens war durch einen Mordmord, der von dem jüdischen Gelegenheitsarbeiter Hilsner verübt worden sein sollte, plötzlich berühmt geworden. Eine böse Verühmtheit! O, die meisten der Polnaer Bürger waren damals fast stolz auf diese Art von Verühmtheit! Nicht etwa, weil sie das Verbrechen mehr liebten als die Menschen anderswo oder weil sie besondere, überdurchschnittliche Freude an gruseligen Geschichten hatten, oder weil es ihrer Eitelkeit schmeichelte, den Namen des sonst so wenig beachteten Städtchens plötzlich in allen Zeitungen gedruckt zu sehen. Tag für Tag, Nein, das alles, mochte es mit eine Rolle spielen, war doch nicht entscheidend. Das aber: die Polnaer Bürger waren stolz geworden, weil in ihre Stadt, um das graufige Geschehnis bei ihrer Stadt ein die menschliche Gesellschaft in zwei Lager spaltender Kampf entbrannt war, weil der Name Polna zu einem Symbol geworden war und sie davon überzeugt waren, im richtigen Lager zu stehen, im Lager der Wahrheitverklünder — im Lager der Ritualmordgläubigen!

Das ermordete Mädchen war Christin, der des Mordes Verdächtige — bloß Verdächtige, zunächst nicht einmal ernstlich Verdächtige — war Jude. Was Wunder, daß rasch Ritualmordgerüchte aufplakierten. Sie wurden künstlich genährt. In Wien von den damals noch sehr mächtigen christlichsozialen Führern Bergani, Ernst Schneider, Vielohlawel, in Prag von tschechischen Chauvinisten. Die Judenbegeisterung führte deutsche und tschechische Nationalisten in eine Front. Deutsche und tschechische antisemitische Zeitungen hehten unermülich gegen die Juden. Die liberalen Blätter waren, was ja seit jeher das besondere Kennzeichen der österreichischen Spielart des Liberalismus war, feige, zu feige jedenfalls, um wirklich entschlossen Front gegen die Ritualmordbege zu machen. Die I. I. Regierung dubelte wohlwollend

das scheußliche Treiben der Antisemiten. Schließlich geriet die Bevölkerung nicht nur Polnas, sondern ganzer Landstriche, in einen hysterischen Taumel. In allen Ecken flatterten Ritualmordgerüchte auf. Da und dort kam es zu antisemitischen Exzessen. Vor Gericht wagte kaum noch ein Zeuge objektiv zu sein. Die meisten konnten es gar nicht sein. Hatten doch welche schon den Teufel

Handschrift stand auch diesmal Masaryk fast allein. Studentendemonstrationen gegen ihn an der Universität, vor seiner Wohnung, — in den Zeitungen die wüsten Angriffe gegen ihn — aber Masaryk führte unbeirrbar den Kampf fort. Das ist einer der Masaryk am meisten ehrenden Aussprüche aus damaliger Zeit: „Ich kann in dieser Luft nicht leben!“ Der Wahrheitsfanatiker



aus den Schornsteinen „jüdischer“ Häuser reiten gesehen. . . Hilsner wurde zum Tode verurteilt. — Wenige nur waren es, die nicht vor Freude jauchzten, als der Jude verurteilt war. Ein paar Männer gab es, die die Wahrheit suchten. Einer davon war Thomas G. Masaryk, damals Professor in Prag. Masaryk war einer der heftigsten Kämpfer für die Revision des Prozesses. Masaryk führte damals einen wahrhaft heldenhaften Kampf, einen Kampf, der seine ganze sittliche Größe zeigte. . . So wie im Kampfe gegen die Königinhofer

konnte in dieser Luft der Lüge nicht leben — er mußte, mußte einfach, seinem innersten Gesehe folgend, den Kampf gegen die Lüge führen! Fast war, wie im Drehfus-Prozess, der Mann, um dessen Kopf es ging, nebenfächlich. Drehfus war ein leineswegs heroischer Charakter, war nicht mehr als ein uniformierter Kleinbürger. Und doch entbrannte um ihn einer der größten, der heftigsten, der folgenschwersten geistigen Kämpfe der neueren Zeit! Hilsner war als Mensch wirklich wenig wert, war ein bagabundierender, bettelnder arbeitsscheuer Burche, auch

etwas beschränkt. Aber auch einen Bagabunden durfte man nicht durch die Lüge, durch eine politischen Zwecken dienende Lüge vernichten lassen! Noch weniger durfte man eine gegen die Gesamtheit der Juden gerichtete tödliche Lüge den ganzen Gesellschaftskörper durchwuchern und zeressen lassen! Masaryk kämpfte gegen die Ritualmord-Lüge. . .

Er vermochte sie nicht zu töten. Dreieinhalb Jahrzehnte schließ diese tödlichste, verbrechertische aller Lügen. Der Sieg des Rationalsozialismus, der ein Sieg der Lüge war, schuf auch die Lüge freie Bahn. Der Gebildete lächelt überlegen: „Das glaubt doch niemand!“ Blätter wie der Nürnberger „Stürmer“ des Pathologen Streicher, eines Freundes des Führers, werden viel gelesen und haben große Wirkung, weil sie bewußt an das Niedrige, Bestialische im Menschen sich wenden. Und diese Blätter wiederholen immer wieder das Ritualmordmärchen! Es ist noch gar nicht lange her, daß der „Stürmer“ ein Bild brachte, das zwei ein Christenmädchen „schächelnde“ Juden zeigte! Das Ritualmordmärchen wird geglaubt! Was vor dreieinhalb Jahrzehnten möglich war, ist auch heute noch möglich!

Was damals geschah, das erzählt Bruno Adler in dem Roman „Kampf um Polna“, den wir morgen abzurufen beginnen. „Kampf um Polna“ wird vom Verfasser selber ein „Tatsachenroman“ genannt. Dieser Roman ist nicht Wert dichterischer Phantasie — das Leben selber hat ihn gedichtet. Bruno Adler reichte die Tatsachen als Erzähler aneinander. Dieser Roman der Wirklichkeit, dieser Tatsachenroman wirkt aber wirklich nicht weniger spannend als ein erfundener — und er ist unheimlich zeitgemäß. Vielleicht ist er es auch in anderem Sinne als dem, daß wieder der Judenhaß durch die Länder rast, — wie damals. Vielleicht entzündet sich gerade im Kampfe gegen den verbrecherischen Faschismus die Flamme einer edleren Menschlichkeit, so wie damals, als der tapferer Masaryk vortrat und sein Wort erhob, weil er nicht schweigen konnte — weil er in jener dumpfen Luft der Lüge nicht atmen konnte.

Versöhnung mit Mussolini?

Von Pietro Nenni

Offenbar um die Monotonie dieser ereignislosen Tage zu überwinden, hat der „Daily Telegraph“ eine Nachricht veröffentlicht, die rasch eine Reise durch die Weltpresse angetrieben hat. Mit riesigen Letzern teilte das englische Blatt und nach ihm zahlreiche andere — nicht mehr und nicht weniger mit, als die Versöhnung der sozialistischen Partei mit Mussolini. Grundlage dieser „sensationalen“ Nachricht war ein Ereignis, das sich vor einigen Monaten abgespielt hat, nämlich eine Unterredung zwischen Caldarà und Mussolini. Die „sensationalen“ Veröffentlichung des „Daily Telegraph“ enthält nichts Neues, abgesehen von einigen Details, die uns zeigen, daß auch der alternde Mussolini der Demagogie bleibt, der er immer war.

Danach soll Caldarà, der frühere sozialistische Bürgermeister von Mailand Mussolini höflich mit den Worten: „Guten Tag Erzellenz“ begrüßt haben. Mussolini habe darauf geantwortet: „Es gibt hier keine Erzellenz, nennen Sie mich Genosse. Ich bin ebenso sehr Sozialist wie Sie, mit dem einzigen Unterschied, daß Sie vom Sozialismus reden, während ich Ihre Idee auf anderen Wegen vorwärts zu treiben suche.“ (Zwecks Bestätigung wende man sich an die in den Gefängnissen Italiens lebendig begrabenen Genossen oder an den ersten italienischen Arbeiter, dem man begegnet.)

Der Korrespondent des „Daily Telegraph“ erzählt weiter, Caldarà habe erklärt, für ihn und seine Freunde sei die Vorbedingung für die Mitarbeit in den Korporationen die Wiederherstellung der Freiheit. Darauf habe Mussolini geantwortet: „Ich werde Ihnen die kollektive, aber nicht die individuelle Freiheit geben.“ Wir verzichten darauf, verstehen zu wollen, was kollektive Freiheit ist, die nicht in individueller Freiheit zum Ausdruck kommt. Es gibt eine einzige Freiheit, die wir nicht wollen, das ist die Freiheit, die Arbeiter auszubehüten und vom Ertrag ihrer Arbeit zu leben. Gerade diese Freiheit aber ist die einzige, die der Faschismus schützt und garantiert.

Wesentlich ist jener Teil der „Enttüllungen“ des „Daily Telegraph“, worin der englische Journalist sich bemüht, die Annäherung Mussolinis an Caldarà zu erklären. Seine Erklärung besteht in drei Punkten: für den Ausbau des Korporationsstaates gelte es, sich nicht an unwillende Leute zu wenden, wie die es sind, die aus den Reihen des Faschismus hervorgegangen sind, sondern an tüchtige und gutgewillte Mitarbeiter; es ist notwendig, die Massen dazu zu veranlassen, daß sie die „energischen Einschränkungen“ und den neuen „Lohnabbau“ akzeptieren, die durch den Zusammenbruch der Wirtschaft und die rasende Steigerung der Arbeitslosigkeit notwendig geworden sind (30.000 Arbeitslose mehr in einem Monat); ganz allgemein ist es notwendig, die Feindschaft der Massen gegen das Korporationensystem und die faschistische Verwaltung zu entwerfen.

In dieser Hinsicht ist die Unterredung des englischen Journalisten von großer Bedeutung und seine Schlussfolgerungen kommen der Wahrheit sehr nahe. Es ist bekannt, daß die Affäre Caldarà beendet ist, daß die Mailänder Sozialisten seinen Schritt mißbilligten, daß der ehemalige Bürgermeister von Mailand selbst erklärt hat, er stehe außerhalb der aktiven Politik und wolle auch dort bleiben.

Was übrig bleibt, ist eine politische Tatsache, der Versuch Mussolinis, die Sozialisten in eine Falle zu locken und zu korrumpieren, eben jene Sozialisten, die der Duce feierlich für tot und begraben erklärt, die aber in Wirklichkeit lebendiger sind als je und entschlossen bleiben, sich in keine Falle locken und sich nicht korrumpieren zu lassen. Ich glaube nicht, daß Mussolini unter den Sozialisten Schwächlinge finden wird, die sich für seine Wandervergeben. Aber selbst wenn es ihm gelänge, da oder dort im Schlamm zusammenbrechender Charaktere Renegaten zu finden, so wird die Partei stark genug sein, diese Wandervergeben zu bereinigen.

Mussolini hat durch seine Nachrichtenagentur Stefani offiziell die Meldung des „Daily Telegraph“ dementieren lassen und damit bestätigt, daß der Fall Caldarà liquidiert ist. Liquidiert hat ihn die Partei, die unläufig und unverfehrt bleibt und die entschlossene ist als je, den Kampf für die Befreiung der Werktätigen von der Unterdrückung durch den Faschismus bis zum Ende zu führen.

Japan sucht neuen Konfliktstoff

(Charkin.) (Neuter.) Eine amtliche Erklärung des mandchurischen Außenministeriums beschuldigt die Sowjetarmee, bei der Mündung des Ussuri in den Amur mandchurische Gebiete besetzt und dort ausgedehnte Befestigungen errichtet zu haben. Die Regierung von Mandschukuo hat dem Generalkonsul der Sowjets eine Note überreicht, in welcher sie energisch gegen die Besetzung eines Gebietes protestiert, über welches ihr auf Grund des im Jahre 1860 in Peking abgeschlossenen Sinesisch-russischen Uebereinkommens die Oberhoheit zuerkannt ist.

Koalitionspolitik der Kommunisten

In den „Europäischen Seiten“, einer entschieden antifaschistischen, aber nicht sozialdemokratischen Zeitschrift finden wir eine bemerkenswerte Betrachtung über den Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund, der wir die nachstehenden Stellen entnehmen:

Sowjetrußlands Eintritt in den Völkerbund, feierlich vollzogen, ist mehr als eine diplomatische Annäherung der Sowjetunion an Frankreich; die Sowjetunion trägt von September 1934 an entscheidende Mitverantwortung für alles, was der Völkerbund tut und unterläßt. Denn es handelt sich in Wahrheit um einen Fall von „Koalitionspolitik“ zwischen Sozialisten und Bürgertum, aber ins gigantische Internationale übersteigert — und von Kommunisten betrieben.

Abgesehen von den statutarischen Bestimmungen, die in wesentlichen Fällen Einstimmigkeit vorschreiben, macht das lebendige Bewußtsein nun schon einmal eingetretener Sowjetunion völlig unzweifelhaft, daß ohne aktive oder passive Zustimmung der Russen in Genf künftig gar nichts geschehen kann: Für alles, was im Völkerbund geschieht oder unterlassen wird, ist die Verantwortung der Sowjetunion von nun an keineswegs kleiner als etwa die eines sozialdemokratischen Koalitionsteilhabers für die Regierung eines Einzelstaats.

Ganz ohne Frage wird die Sowjetunion

insbesondere für jene Faltensbindel wesentliche Verantwortung tragen, die zur Gänze der Bestimmung durch den Völkerbund unterliegen. Dazu gehört — zum Beispiel und vor allem — die Entwicklung Oesterreichs, dessen finanzieller und wirtschaftlicher Bestand ganz materiell von den Eingriffen, Anleihen, Kontrollmaßnahmen des Völkerbunds abhängt: Gegen seinen Willen kann sich keine österreichische Regierung halten. Für die Bildung dieses Willens ist nun die Sowjetunion in sehr hohem Maße mitverantwortlich.

Diese Umstände machen den Eintritt der Sowjetunion in den Völkerbund zur entscheidenden Frage über Leben und Tod der kommunistischen Internationale. Die wohlverstandenen Staatsinteressen Sowjetrußlands haben diesen Eintritt ohne Frage empfohlen, mehr noch: nötig gemacht; anders aber liegen die Dinge für die kommunistische Internationale.

Sie hat in der europäischen Arbeiterbewegung fünfzehn Jahre im wesentlichen davon gelebt, daß die Sozialdemokratie für das Existente und für das Gewordene Mitverantwortung trug. Das ist nun vorbei; im Gegenteil: Da in keinem Großstaat mehr Sozialdemokraten mitregieren, ist via Sowjetrußland im Völkerbund die Mitverantwortung von Kommunisten für das Geschehen im bürgerlichen Europa nunmehr praktisch weit erheblicher als die der Sozialdemokraten.

Zuchthausstrafen für Opfer von Lockspitzeln

(Berlin.) Im Hochverrats- und Giftprozeß gegen die 17 vor dem Zweiten Senat des Volksgerichtes unter Anklage stehenden Kommunisten aus Döbeln (Sachsen) und Umgebung wurde Mittwoch vormittag das Urteil verkündet. Der 44jährige Hauptangeklagte Robert Wölfe erhielt unter Einbeziehung der gegen ihn vom Landgericht Freiberg i. S. verhängten Strafe insgesamt zehn Jahre Zuchthaus und zehn Jahre Ehrverlust. Außerdem wurde die Sicherungsverwahrung gegen ihn angeordnet. Zehn weitere Angeklagte erhielten wegen Beteiligung an der „Hantali- und Waffenbeschaffung sowie an der Vorbereitung der Sprengstoffdiebstähle Zuchthausstrafen von drei bis einhalb Jahren neben entsprechenden Ehrenstrafen. Vier Angeklagte, darunter der kommunistische Ortsgruppenleiter Georg Gerold, kamen mit Gefängnisstrafen von einhalb bis zu einem Jahr davon. Gegen den Dieb des Hantali, Kurt Ditzner, wurde das Verfahren eingestellt.

Der Leiter der Schicksalspartei Otto Böke-Mann wurde freigesprochen, da die von ihm geleitete Schicksalspartei politisch gemeldet war.

Wenn man weiß, wie in Deutschland Prozesse geführt werden, ist man nach dem Lesen dieses amtlichen Prozeß-Verichtes überzeugt, daß es sich hier um die Opfer eines Lockspitzels handelt. „Gegen den Dieb des Hantali wurde“ — nämlich — „das Verfahren eingeleitet.“ Das Konto Ditzners wächst. Es wird mit Blut geschrieben und mit Blut getilgt werden.

„Heil Hitler!“ für fünfzehn Jahre Kerker

Neue Prozesse gegen österreichische Nationalsozialisten

(Wien.) Vor dem Schnellgerichte in Vaden bei Wien standen am Dienstag acht Nationalsozialisten aus Vaden und Umgebung, die unter der Anklage standen, zahlreiche Bomben- und Papierbullenanschläge durchgeführt zu haben. Dem geistigen Führer der Truppe, Willinger, gelang es nach Deutschland zu flüchten. Der Hauptangeklagte Johann Wolf wurde zu sieben Jahren, sein Helfer Rudolf Bachheimer zu sechs Jahren, die übrigen Angeklagten zu je fünf Jahren schweren Kerkers verurteilt.

Der Gausführer der Bauernwehr von Unterkärnten, der 33jährige Gutbesitzer Theodor Schmitz, hatte sich am Dienstag vor dem Militärgericht zu verantworten, weil er am 26. Juli die Bauernwehr des Landbundes alarmiert und mit den Nationalsozialisten gemeinsame Sache gemacht hatte. Er wurde nach kurzer Verhandlung wegen Aufzuges zu 15 Jahren schweren Kerkers verurteilt. Als er den Schuldspruch mit dem Rufe „Heil Hitler!“ annahm, wurde er zu einer Disziplinarstrafe von zwei Fasttagen und einem Tag Dunkelhaft verurteilt.

Wie Rintelen befreit werden sollte

Nach einer Meldung des „Prager Tagblatt“ aus Wien wurden dort gestern der Besitzer des Hotels Hammerand, dessen Frau und der Bizelektor des Landesversicherungsamtes Crimmo auf Grund folgenden Tatbestandes verhaftet:

Im zweiten Stock des Wiener Inquiritenspitals liegt außer Rintelen noch General Wagner, den die Nationalsozialisten zum Kriegsminister in einer Regierung Rintelen aussersehen hatten. Die Nationalsozialisten woll-

ten unter allen Umständen Rintelen und Wagner befreien. Da das Landesgericht und das angeschörte Inquiritenspital fünfjährig, und zwar durch Militär, Justizwache, Polizei, Heimwehr und Cismärkische Sturmbrigaden bewacht werden, bedachten die Nationalsozialisten einen abenteuerlichen Plan aus. Sie versuchten, die Kantine zu durchbrechen und die im Inquiritenspital befindlichen führenden Nationalsozialisten auf diesem unterirdischen Wege ins Hotel Hammerand zu bringen, dessen Besitzer für den Plan gewonnen war. Da das Hotel vom Landesgerichtsgebäude durch das Landesverwehrtungsgesamt getrennt wird, mußten die Grundmauern zweier Gebäude durchbrochen werden, ehe man zum Gefangenenhaus vordringen konnte. Die Nationalsozialisten waren auch schon bis zur Mauer des Gefangenenhauses vorgedrungen, als die Polizei auf die Spur des Befreiungsplanes kam.

Lebenslänglich

(Wien.) Das Militärgericht in Linz befaßte sich heute mit den Ereignissen in der oberösterreichischen Grenzgemeinde Kollerschlag, wo in der Nacht zum 27. Juli eine Gruppe österreichischer Legionäre eindrang und nach einem scharfen Schusswechsel die Zollwache besetzte. Auf dem Kampfplatz blieben drei Tote und mehrere Verletzte. Ein beteiligter Legionär, der 25jährige Maschinist Alois Tremel, wurde wegen Hochverrats zu lebenslänglichem Kerker verurteilt.

Bloßstellung des französischen Justizministers durch die Stavisky-Untersuchung

(Paris.) Zwischen der parlamentarischen Untersuchungskommission für den Stavisky-Skandal und dem Justizminister Chéron kam es Dienstag zu einem offenen Konflikt. Die Kommission hatte vor 14 Tagen beschlossen, daß der Polizeireport des Kommissärs Guillaume über die Untersuchung des rätselhaften Todes des Obergerichtsrates Prince vorgelegt werde. Der Justizminister widersetzte sich damals der Veröffentlichung, die Kommission beschloß aber, den Rapport zu veröffentlichen und sprach dem Justizminister das Bedauern darüber aus, daß er sich verschiedene Verzüge bei der Behandlung der Beschlüsse der Kommission und ihrer Übermittlung an den Justizminister zur Einleitung des weiteren amtlichen Verfahrens zuschulden kommen ließ. Der Rapport des Kommissärs Guillaume werde die ganze Affäre in einer neuen Beleuchtung erscheinen lassen, spreche sich aber nicht darüber aus, ob Prince ermordet wurde oder ob er Selbstmord verübt habe. Die Familie des Obergerichtsrates Prince und ihr Rechtsanwalt lehnen diesen Polizeireport als tendenziös ab.

Polnisch-russische Abkommen bleiben in Kraft

(Warschau.) (Pat.) Am 10. September erfolgte angesichts des zu erwartenden Beitrittes der Sowjetunion zum Völkerbunde auf Anregung der polnischen Regierung ein Notenwechsel zwischen der polnischen und der Sowjetregierung. In den Noten wird gegenseitig festgelegt, daß auch nach Eintritt der Sowjetregierung in den Völkerbund die polnisch-sowjetrussischen Beziehungen sich weiterhin in ihrer ganzen Ausdehnung auf die zwischen den beiden Staaten bestehenden Abkommen, darunter den Nichtangriffspakt und die Abmachung über die Bestimmung des Angreifers gründen werden.

130.000 Bergleute vor der Entlassung

England vor schweren sozialen Auseinandersetzungen.

(London.) Am Dienstag wurde in Cardiff die erste Konferenz zwischen Vertretern der Zechenbesitzer und der Bergleute von Südwales abgehalten. Die Erklärungen, die später von beiden Seiten abgegeben wurden, zeigen, daß die Aussichten auf eine Beilegung der Meinungsverschiedenheiten nicht gut sind. Die Zechenbesitzer erklärten sich bereit, den Streitfall einem völlig unparteiischen Schiedsgericht zu unterbreiten, die Bergleute dagegen wollen ein Schiedsgericht aus Fachleuten, dessen Mitglieder praktische Kenntnisse der Kohlenindustrie und des Kohlenhandels haben. Einstweilen bleibt also die Lage unverändert, was in der Presse einige Beunruhigung hervorruft, da die Kündigungen der 130.000 Bergleute am 30. d. M. fällig werden, so daß möglicherweise in 12 Tagen mit einer völligen Stilllegung der Arbeit in den Kohlenbergwerken in Südwales zu rechnen ist.

Beneš begrüßt die Russen

Verpflichtende Rede Litwinow

(Genf.) In der öffentlichen Sitzung des Völkerbundes hielt Staatspräsident Minister Dr. Beneš eine Begrüßungsrede an die neuen Ratsmitglieder. Er wendete sich zuerst an die Delegation der Sowjetunion, deren Aufnahme als Mitglied des Völkerbundes gestern vollzogen wurde und für die ein ständiger Ratsitz geschaffen worden ist und sagte: „Wir sind uns der Wichtigkeit dieses politischen Ereignisses bewußt und begrüßen gern und aufrichtig die Mitarbeit der sowjetrussischen Delegation zur Festigung des Friedens. Dr. Beneš wendete sich dann an die Vertreter Chiles und der Türkei, die er als neue Ratsmitglieder, gleichzeitig aber auch als verdiente Mitarbeiter im Völkerbunde begrüßte.“

Vollkommissar Litwinow dankte dem Staatspräsidenten und sagte u. a., es sei ein gutes Zeichen, daß die erste Ratsitzung, an welcher die Sowjetvertreter teilnehmen, von Minister Dr. Beneš als Präsidenten geleitet werde, über den viel zu sagen wäre, wenn nicht erst kürzlich anlässlich des 50. Geburtstages dieses Staatsmannes genug gesagt worden wäre. Litwinow versicherte dann, er sei sich der Wichtigkeit der Arbeit im Räte und in der Völkerbundesversammlung sowie der Verantwortung, die die Mitgliederstaaten auf sich nehmen, vollkommen bewußt. Ausland rechne damit, daß es zu allen Staaten gute Beziehungen haben werde. Die Vertreter Chiles und der Türkei dankten in einer kurzen Ansprache dem Präsidenten und versprachen dem Räte ihre loyale Mitarbeit.

Völkerbundrat an der Arbeit

(Genf.) (Savas.) Der Völkerbundrat beschloß Mittwoch auf Antrag des spanischen Delegierten De Madariaga, die Vertreter Spaniens, Australiens und Mexikos mit der Prüfung der Petition des Fürsten Pleh zu betrauen, die sich auf den Schutz der Minoritäten in Oberschlesien stützt. Dieser Ausschuss wird berechtigt sein, alle erforderlichen Gutachten anzufordern. Auf Antrag Madariagas retournierte der Rat der 6. Kommission die Frage des Waffenbargos für die am Chaco-Konflikt beteiligten Kriegsparteien. In der Debatte erklärte sich Barthou für Dringlichkeit und rasche Lösung. Dieser Ansicht schlossen sich Minister Dr. Beneš und der britische Delegierte Eden an. Der italienische Delegierte Alfisi sagte, seiner Ansicht nach binde das Embargo die Regierungen als einzelne. Die Vertreter Bolivien und Paraguanas sprachen den Wunsch aus, daß der Konflikt rasch bereinigt werde. Der Vorsitzende des Dreierkomitees Najera erklärte in seinem Schlusswort, daß der Ausschuss das Dokumentenmaterial gesammelt habe, das dem Völkerbund die Möglichkeit gebe, eine rasche Entscheidung zu treffen.

In der Sitzung des Rates teilten die Vertreter Ungarns und Griechenlands mit, daß ihre Regierungen durch ein freundschaftliches Abkommen die zwischen beiden Ländern ungelösten Fragen bereinigen wollen. Beide Parteien haben die Vermittlung des Berichterstatters des Völkerbundesrates angenommen.

Schließlich wurde in einer vertraulichen Sitzung zum Kommissar des Völkerbundes für Bulgarien Chyffon ernannt. Der bulgarische Delegierte stimmte dieser Ernennung zu und erklärte, er werde gern mit dem Völkerbund zusammenarbeiten.

Die Aufständischen in Havanna

haben ihre Tätigkeit neu entfaltet. In mehreren Vierteln der Stadt sind in der Dienstag-Nacht nicht weniger als 35 Bomben explodiert. Soldaten mit Maschinengewehren haben auf mehreren die Straßen beherrschenden Gebäuden Posten bezogen.

Mord an einem Schwammfucher

Das Verbrechen eines Hegers

Im staatlichen Revier bei Dvorniky traf vorgestern der Heger Will den 26jährigen Maurer Johann Kucera beim Schwammfuchen an. Der Heger verlangte die Herausgabe aller Pilze, die der Arbeiter schon gefunden hatte. Als Kucera sich weigerte, rief der Heger sein Gewehr hoch und schoß ihn nieder. Von der vollen Ladung in den Hals getroffen, stürzte der Unglückliche zu Boden und verblutete nach kurzer Zeit.

Kill wurde verhaftet. Er leugnet, Kucera absichtlich getötet zu haben und führt alles auf einen unglücklichen Zufall zurück. Kill

ist aber in der ganzen Gegend als brutaler Mensch bekannt, der alle Beeren- und Schwammfucher, die er antrifft, mitteillos verfolgt und diese armen Menschen, deren Existenz manchmal von den wenigen Hekern abhängt, die sie sich durch diese Arbeit verdienen, auch tätlich angreift. Am letzten Sonntag hat Kill einen Arbeiter mißhandelt und ihm die Kleider vom Leib gerissen. Diesmal hatte seine Tat aber eine Feigin. Die Frau des ermordeten Kucera sagte aus, daß der Heger bewußt gehandelt und seine Tat angeklügelt hatte. Kucera sollte nächste Woche heiraten.

Tagesneuigkeiten

Geschändete Synagogen und Friedhöfe . . .

Die hohen jüdischen Feiertage dieses Monats (Neujahr und Versöhnungsfest) wurden von Parteigenossen des deutschen „Führers“ und Reichsführers Adolf Hitler zum Anlaß für besonders gemeine Judenverfolgungen genommen. Aus mehreren deutschen Städten gingen der „Deutschen Freiheit“ in Saarbrücken verbürgte Berichte über die Schändung jüdischer Friedhöfe und Gottesäuser zu. In allen Mitteilungen wird lebentlich gebeten, nichts über die Vorgänge zu veröffentlichen, da sonst mit den schwersten Repressalien zu rechnen sei. In Schwabising, Gmünd, Drangon SA, und SS-Leute in die Synagoge ein und zerstörten deren ganze Inneneinrichtung. Mit den Kultgegenständen wurde Spott und Hohn getrieben. Zerfetzt, zertrümmert und zerstört wurden sie auf die Straße geworfen. Nach der Tat wurde die ganze jüdische Gemeinde zusammengetrieben. Einer der Banditen hielt eine Ansprache und bedrohte die gesamte Jüdischenschaft von Schwabising-Gmünd mit dem Tode, falls irgendeine Nachricht über die Vorgänge in die Presse gelangt.

Kein Mitglied der jüdischen Gemeinde von Schwabising-Gmünd hat gewagt, irgend etwas über das Ereignis verlauten zu lassen. So stark wirkt die terroristische Einschüchterung. Anständige christliche Bürger der Stadt haben aber dafür gesorgt, daß die schändliche Tat auch außerhalb der Stadt bekannt und dem Korrespondenten der „Deutschen Freiheit“ mitgeteilt wurde.

Ein Einbrecher auf der Flucht erschossen

Montag, den 17. d. M., in der Mittagszeit, trafen Gendarmen der Brüxer Nahdungsstelle bei einer Streifung durch den Oßler Wald auf den geflüchteten Einbrecher Josef Kroc aus Bruch. Als Kroc die Gendarmepatrouille erblickte, ergreift er die Flucht. Da er über Aufforderung nicht stehen blieb, feuerte ihm der Gemeindevorstand von Bruch einen Schuß aus seinem Dienstrevolver nach, aber Kroc lehnte sich nicht daran und lief weiter. Die Sicherheitsorgane blieben ihm auf den Fersen und als Kroc die Bezirksstraße von Bruch nach Döbel überquert hatte, um auf der anderen Seite in den dichten Wald zu entkommen, feuerten seine zwei Verfolger aus einer Entfernung von etwa 70 Schritten nach ihm. Kroc konnte noch einige Schritte machen und brach dann zusammen. Die Schüsse wurden nun auch von den anderen Patrouillen gehört, die nun auch an den Tatort eilten. In einer Hand hielt er ein geöffnetes Taschenmesser. Ein Herzschuß hatte seinem Leben ein Ende bereitet. Kroc gehörte der bekannten Verbrecherbande Proß an und war 39 Jahre alt.

Auf einer Hochofentour verhungert

(Wormisch.) Bei einer Alpentour auf die Südwand der Scharnspitze im Wettersteingebirge machte ein österreichisches Geschwisterpaar eine schaurige Entdeckung. Auf einer kleinen Steinplatte stand, zur Wand gelehrt, ein Mann, der tot war. Seine mageren Hände kramten sich um einen Haken, im Haken hing ein Seilstück, das den Körper an der Wand hielt. Keine äußere Verletzung war an der Leiche zu sehen. Das völlig eingefallene Gesicht ließ auf einen Tod durch Erschöpfung schließen. Die Geschwister verständigten sofort die Behörden. Darauf wurde der Tote geborgen. Es handelt sich um einen Münchener Studenten. Die Ursache des Todes ist bis heute unbekannt. Nach Ansicht der Ärzte ist der Mann langsam verhungert und schließlich an Entkräftung gestorben. Der Tod dürfte am Tage vor der Auffindung der Leiche eingetreten sein.

Wessertod eines Pardubitzer.

(Pardubitz.) Mittwoch langte hier aus Österreich die Nachricht ein, daß in den österreichischen Alpen die Leiche des tschechoslowakischen Staatsangehörigen Franz Kobara aufgefunden wurde, der bei der Firma Heinrich Brandt Söhne in Pardubitz als Beamter beschäftigt war. Kobara stürzte beim Besteigen eines Gletschers ab und wurde von Eisstücken verschüttet. Er wurde seit dem 6. d. M. vermisst.

Ziehung der Klassenlotterie

(Unverbindlich.)

Prag, 19. September. Bei der heutigen Ziehung der IV. Klasse der 31. tschechoslowakischen Klassenlotterie wurden nachfolgende Gewinne gezogen:

20.000 Kč	84179	15615
10.000 Kč	77724	69728 53526 94531
5.000 Kč	32613	28274 98053 68176 71482
107316	2715	43535 88744 20572 18794 104348 65895
2.000 Kč	56546	15392 73508 82264 15209 8394
70781	2616	50454 40613 107320 38453 64761
43564	83831	1449 86999 68502 53626 83081 66374
101603	106319	83278 70658 48394 43515 71005
60461	1424	105788 48878 20087.
1.200 Kč	24788	54591 22626 30133 18730 19020
45370	47517	38819 70383 90816 79106 8874 7377
42251	96739	89931 39156 57832 80592 54523
25794	65839	20765 31487 1474 73248 19024 87510
3157	87224	6855 68574 96263 95027 89590 62567
81656	102225	32267 62802 44460 65498 33099
27429	28053	59282 53175 87236 25120 790 102715
96395	54627	17256 87924 98489 106407 101968
66663	72902	37052 13036 51541 21681 67293
67559	40103	24198 32128 47847 8360 54389 19293
68787	44792	95122 58821 15243 33336 26115 35993
158	1339	35785 94127 10889 79222 63775 38374
19347	74384	74143 16924 100105 81432 98955
71193	36062	64119 22882 53286 99699 60531 8636.

Prager Empfang der Europa-Flieger

(Prag.) Gestern vormittag lehrte das tschechoslowakische Team, die drei Flugzeuge mit dem Stabskapitän Ambros, mit dem Chefpiloten Anderle und mit dem Kapitän Jacek, von seinem erfolgreichen Flug um Europa und Nordafrika nach Prag zurück. Auf dem Flugplatz in Kbeln wurden die Flieger u. a. von Vertretern des Ministeriums für nationale Verteidigung, des Ministeriums für öffentliche Arbeiten und des Ministeriums für öffentliches Gesundheitswesen erwartet. Die Flieger wurden um 9.25 Uhr in einer Gruppe über dem Flugplatz sichtbar, umkreisten ihn dreimal und gingen um 9.35 Uhr vor dem Hangar nieder. Sie wurden vom Obersten Biderel im Namen des Ministeriums für nationale Verteidigung, vom Sektionsrat Dr. Stich und Ing. Welser für das Ministerium für öffentliche Arbeiten herzlich begrüßt.

Blutige Meuterei

(Charbin.) An Bord des Dampfers „Hinsou“, der den Szungari-Fluß besucht, ist unter der mandschurischen Mannschaft eine Meuterei ausgebrochen. Die Meuterer plünderten das Schiff, töteten fünf Japaner, zwei Koreaner und einen Chinesen und warfen mehrere Reisende über Bord. Eine große Anzahl von Reisenden wurde verletzt. Dann verließen die Meuterer unter Mitnahme einer großen Menge Opium das Schiff.

Lustspiel „aus einem Totenhaus“. Die Pariser „Comœdia“ bringt eine Vorschau auf das Programm der reichsdeutschen Filmproduktion für die kommende Spielzeit: es sind in der Hauptsache die in ihrer Art schon satifam bekannten Scherz- und Singspiele („Polenblut“, „Wiener Blut“, „Maienmacht“), mit denen man das Volk im Lande des Schreckens und der Schande einschläfern und abstumpfen will. Nur an einer Stelle bleibt der Blick des Lesers haften: der Regisseur Csereny, heißt es da, hat eine eigene Produktion begründet und wird mit dem Film „Seine Erzellenz Graf Zeppelin“ beginnen, dem ein zweiter Film „Im Konzentrationlager“ folgen wird. Wir wissen nicht, ob dieses Werk des schon dem Namen nach „rein germanischen“ Film-Machers ein Lustspiel oder ein Singspiel werden wird. Aber daß es eine Gipfelleistung der im Dritten Reich grassierenden Verblüpfung, daß es eine der widerlichsten Ausgeburtungen des Goebbels'schen Lügengeistes wird, steht schon jetzt fest. Denn wie wäre es möglich, einen Konzentrationslager-Film im Dritten Reich auch nur anzukündigen, wenn man im Propagandaministerium nicht sicher wäre, daß kein Schimmer der höllischen Wahrheit in ihm sein wird? Als der Jorismus seine Gefangenen in Sibirien folterte, hat ein Opfer der Greuel, der Dichter Dostojewski, in seinem Buch „Aus einem Totenhaus“ der Mißwelt und der Nachwelt einen unergänglichen Bericht gegeben, der Menschengewissen erschüttern wird, solange es Menschen geben wird, die diesen Namen verdienen. Die Greuel, die seit anderthalb Jahren in Deutschland geschehen, scheinen das Maß der dichterischen Gestaltungskraft zu übersteigen. Aber daß einer auf Weheiß der Greuelstifter die entsetzliche Wahrheit in eine zynische Unterhaltung umgefächelt hat, daß er aus einer Menschheitskatastrophe, aus dem Blut der Verstümmelten und Gemordeten einen Propagandafilm für die Mörder gemacht hat, das wird für die Nachwelt vielleicht das eindrucksvollste Dokument der hitlerdeutschen Schmach sein.

Zwei Flugzeugunfälle ereigneten sich Dienstag in Jugoslawien. Der polnische Flieger Mewel, der auf dem Belgrader Flugplatz landen wollte, stürzte mit seinem Flugzeug ab und wurde ernstlich verletzt. Es wurde sofort eine Operation vorgenommen, worauf die Ärzte erklärten, daß Medwecki, falls keine Komplikationen eintreten würden, am Leben erhalten bleibt. Ein zweiter Unfall betraf die jugoslawischen Flieger Dadić und Princip, die sich auf dem Flug von Rijck nach Belgrad befanden. Nach einer Motorstörung versuchten sie eine Notlandung vorzunehmen. Bei der Landung stieß das Flugzeug an einen Baum, wobei einer der Flieger leichter verletzt wurde.

Schrecklicher Selbstmord. Gestern früh warf sich in Donib bei Karlsbad ein junger Mann vor die Lokomotive des Personenzuges Marienbad-Karlsbad. Die Räder der Lokomotive trennten die Beine vom Rumpfe des Mannes und schleiften den verstümmelten Körper etwa 300 bis 400 Meter weit. Es handelt sich um den 18-jährigen, in einem Karlsbader Hotel beschäftigten Kellner Franz Hergert. Das Motiv des Selbstmordes ist unbekannt.

Ein Renn-Unglück vor Gericht. Vor dem Senate des Kreisgerichtes in Mährisch-Osttau wurde nach fast einem Jahre der Strafprozeß gegen zwei Rennfahrer beendet, die bei dem V. Osttauer Motorrennen in voller Fahrt ins Publikum gefahren waren. Der Rennfahrer Kr-

Zwei große sportliche Leistungen

Die Fernstafetten unserer Arbeiter-Radsfahrer

Die tschechoslowakische Fernstafette fünf Stunden früher am Ziel. Der Krut (Arbeiter-Rad- und Kraftfahrer-Bund in der Tschechoslowakei) beging die Feier des Tages der internationalen Verbundenschaft am 10. September mit der Durchführung zweier großer Fernstafetten. Mehr als 400 Rad- und Motorradfahrer beförderten die Stafetten, viele Krut-Mitglieder und Parteifreunde säumten die Straßen, welche die Stafette durchfuhr. Das Stellen der Stafettenfahrer erfolgte vorbildlich, so daß die Durchführung kluglos und ohne jede Zeitunterbrechung vor sich ging. Bemerkenswerter Weise kam es zu keinem einzigen Unfall, trotzdem beide Stafetten eine Geschwindigkeit von mehr als 85 Stundenkilometer erreichten.

Die Stafette Braunau-Msch

Punkt 5 Uhr früh wurde die Stafette vom Ringplatz in Braunau abgedasien. Sie nahm ihren Weg über Aderöb, Trautenau, Hohenelbe, Hochstadt, Gablonz, Neichenberg, Jwidau, Böhm. Mamin, Teischen, Bodenbach, Teplich-Schönan, Dur, Brück, Komotau, Mlsterle, Karlsbad, Falkenau, Eger, Msch und wurde in Msch auf dem Feste des dortigen Krut-Vereines feierlich empfangen. Nach den Zeitberechnungen der einzelnen Bezirke konnte die Stafette erst um 22.45 Uhr eintreffen. Die fabelhafte Leistung jedes einzelnen Fahrers ermöglichte es, daß die Stafette fünf Stunden früher, also um 17.45, an ihrem Bestimmungsort eintraf. Die zurückgelegte Fahrstrecke beträgt rund 500 Kilometer, was einem Stundenmittel von fast 40 Kilometer entspricht. 300 Radfahrer und 20 Motorradfahrer des Krut haben diese sehr gute sportliche Leistung vollbracht.

Die Stafette Zwittau-Troppau

Die zweite Fernstafette des Krut nahm ihren Ausgang in Zwittau und wurde über Schönheg, Mügglitz, Sternberg nach Troppau befördert. Auch hier erzielte die Krut-Fahrer — es waren dies 72 Radfahrer — eine sehr gute Leistung. 180 Kilometer wurden in 5 Stunden 15 Minuten bewältigt, und ergibt dies ein Stundenmittel von 84 Kilometer. Die Stafette wurde in Troppau auf dem am gleichen Tage dort tagenden Kreisverbandstage des Krut-Kreises Schlesien feierlich empfangen. Sie war um 5.30 Uhr in Zwittau abgegangen und ist um 10.45 Uhr in Troppau eingetroffen.

Der Krut hat mit der Durchführung dieser Fernstafetten den internationalen Stafettenstag sicher würdevoll begangen und den Gedanken des internationalen Arbeitersportes haben diese 500 Krut-Fahrer äußerst wirksam propagiert.

noß Banuch kam in einer Kurve ins Gleiten, fuhr in den Graben und tötete dabei einen Anaben, während zehn weitere Personen schwer verletzt wurden. Der zweite Rennfahrer Leo Marscel, dem in der Kurve die Bremsen versagten, wollte an den Ort fahren, der für Maschinen und Rennfahrer bestimmt ist. Der Weg dahin war jedoch mit Zuschauern verstopft. Da der Rennfahrer nicht mehr bremsen konnte, fuhr seine Maschine in das Publikum, wobei zehn Personen, davon fünf schwer, verletzt wurden. Bantuch wurde freigesprochen, da es sich nach Ansicht des Gerichtes um höhere Gewalt handelte; Leo Marscel wurde zu drei Monaten Gefängnis bedingt verurteilt, meldete jedoch die Richtigeitsbeschwerte an.

Ende des Schönwetters. Das Gebiet schönen Wetters und hoher Nachmittags temperaturen weicht nunmehr langsam ostwärts zurück. Neben dem Atlantischen Ozean nimmt der Luftdruck zu und in den westeuropäischen Ländern verstärkt sich der Zustuß kühlerer Luft vom Meere her. Die Zone von Regenschauern und Gewittern ist von Frankreich bis zum Rheinland vorgebrungen, wo es gestern nachmittags um 5 bis 15 Grad kälter war als Dienstag. Das Wetter wird nunmehr voraussichtlich veränderlichen Charakter annehmen, und zwar zunächst im Westen der Republik, während im Karpathengebiet das schöne Wetter vorläufig noch anhalten dürfte. — Für heute ist vorausgesagt: Im Westen des Staates zeitweise stärkere Bewölkung, strichweise Gewitter oder Schauer, Winddrehung gegen Südwesten und untertags etwa 5 Lü hler.

Schiffskatastrophe

(Shanghai.) In der Nähe von Waihaiwei kenterte ein großer chinesischer Marine-tender, der zweihundert chinesische Matrosen an Bord hatte. 370 Matrosen sind erstunken, sechzig werden noch bis zur Stunde vermisst.

Vom Rundfunk

Empfehlenswertes aus den Programmen: Freitag:

Prag, Sender L.: 10.05: Deutsche Nachrichten, 10.30: Schulfunk, 11: Schallplatten, 13.30: Arbeitsmarkt, 18.20: Deutsche Sendung: Das Erlebnis in der Natur, Rundfunkdialog, 18.45: Arbeiter-Sendung: Aktuelle ze. 11 Minuten, 18.55: Deutsche Presse, 21: Orchesterkonzert, 22.15: Lang-musik, Sender S.: 14: Klavierkonzert, 14.25: Galde Stunde für die Frau. — Brann: 18.30: Arbeitsmarkt, 15.15: Orchesterkonzert, 18.20: Deutsche Sendung: Sportberichte. — Mährisch-Osttau 18.20: Deutsche Sendung: Aus dem Leben der Künstler. — Breslau 19.10: Unterhaltungsmusik. — Ra-fchau 15.15: Orchesterkonzert



Habsburgs Auferstehung

Eugen Habsburg besuchte die burgenländische Hauptstadt Eisenstadt. Dort nahm er als Vertreter seines Neffen Otto, „der kaiserlichen Majestät, die Ehrenbürgerbriefe von 26 burgenländischen Gemeinden entgegen. Eugen ist in seiner Uniform ein lebendiges Gespenst der Vergangenheit; man wird Sorge tragen müssen, daß dem gefährlichen Spuk ein Ende gemacht wird.

Die Salzmühlen in Olmütz funktionieren nicht!

Das Salzmonopol gibt ständig Anlaß zu Klagen sowohl in administrativer als auch in technischer Hinsicht und wegen der geringen Minderungsmaßnahmen die Wünsche und Bedürfnisse der Verbraucher.

Jeden Augenblick verlaßbaren die Olmützer Salzmühlen Betriebseinstellungen für acht oder vierzehn Tage wegen Reinigung, Maschinenreparaturen und dergleichen mehr. Vorräte sind keine vorhanden und der Konsum muß eben warten bis es den Salzmühlen einfallt wieder zu liefern. Natürlich bedeutet eine vierzehntägige Betriebs-einstellung eine Verzögerung der Auslieferung durch viele Wochen hindurch, weil es dann schwer fällt, die angefallenen Aufträge rasch zu expedieren. Theoretisch besteht wohl die Möglichkeit, als Ersatz Preshower Salz zu beziehen, praktisch ist dies aber auch schwer möglich, denn mit dem Augenblick, da größere Aufträge kommen, treten auch dort Lieferungs Schwierigkeiten ein. Auch ist diese Ware viel teurer wie das Olmützer Salz. Die gegebenen wirtschaftlichen Verhältnisse zwingen die Verbraucherschaft zum Verbrauch des billigen, leider aber oft ganz minderwertigen Olmützer Salzes.

Es ist traurig, daß die Monopolverwaltung sich nicht dazu entschließen kann, den Betrieb so modern zu gestalten, daß er quantitativ leistungsfähig wird und den berechtigten Qualitätswünschen der Verbraucher entspricht. Bei den enorm hohen Preisen, die die Monopolverwaltung für Salz verlangt, besteht wohl der Anspruch zurecht auf gute Qualität.

Seit 1. September steht die Olmützer Salzmühle still und es ist keine Aussicht, daß die Lieferungen in den nächsten Tagen aufgenommen werden. Eine derartige Rückwärtslosigkeit der Verbrauchern gegenüber ist unhaltbar. Wenn aus Olmütz ein Salz geliefert werden kann, dann hat die Monopolverwaltung die Pflicht, Preshower Salz zum Preise der Olmützer Ware freizumachen oder aber die Einfuhr von ausländischem Speisesalz für die Zeit der Lieferungsunfähigkeit zu bewilligen.

Besonders unangenehm fällt auf, daß die Meldung von der Betriebsstörung erst am Abend acht Tage nach deren Eintritt erfolgt ist und daß die acht Tage, die die Betriebsstörung dauern sollte, bereits überschritten sind und die Monopolverwaltung sich nicht bequemt, mitzuteilen, wann endlich die Lieferungen wieder aufgenommen werden. Wir appellieren an das zuständige Finanzministerium, in der Salzmonopolverwaltung Ordnung zu schaffen.

Die Bewohner Roms hungern und frieren

(Rom, Masla.) Während von Seattle und San Francisco Schiffe mit Lebensmitteln und Baumaterial abgehandelt werden, muß sich die hiesige Einwohnerschaft mit den verschiedensten Nahrungsmitteln begnügen, bis die ersten Proviant-lieferungen eintreffen. Die Medizinvorräte waren bereits Dienstag nachts erschöpft. Die Verdauung sucht größtenteils in halbverbrannten Gebäuden Unterschlupf, da die Temperatur nachts bereits auf den Gefrierpunkt herabsinkt. Der Gesamtschaden wird mit drei Millionen Dollars bemessen.

Mörder unter einander. Der 33jährige Anwalt Josef Steinfelner aus Reicheneis in Kärnten war in die Straftaten der nationalsozialistischen Parteimitglieder verwickelt und flüchtete vor der Verhaftung nach Jugoslawien, wo er sich einige Zeit in dem Lager der österreichischen Flüchtlinge in Baraschin aufhielt. Am 28. v. M. flüchtete Steinfelner wieder nach Reicheneis. Dort wurde er jetzt in einem Streit mit seinem politischen Freund, dem Fleischergesellen Max Fretzel erschossen. Mörder fand sich auf der Gendarmenstation mit der Meldung ein, daß sein Freund Selbstmord verübt habe. Er wurde verhaftet. Er trug den durchschossenen und mit Blut besetzten Rock des Ermordeten Steinfelners.

Esperan und Duhamel unter die „Unsterblichen“. „Excelsior“ meldet, daß die Wahl des Nationalrats Franz Josef Esperan zum Mitglied der französischen Akademie auf den durch den vor kurzem erfolgten Tod des Nationalrats Duhamel freigewordenen Sitz gesichert ist. Auch der Schriftsteller George Duhamel hat starke Hoffnungen, unter die „Unsterblichen“ gewählt zu werden.

Scharlach-Epidemie in Bukarest. Der Sanitätsdienst von Bukarest ist beunruhigt durch eine große Anzahl von Scharlachkranken, die in den letzten Tagen gemeldet wurden. Vermutlich wird aus diesem Grunde das soeben begonnene Schuljahr unterbrochen und die Wiedereröffnung der Schulen auf den 1. Oktober verlegt werden.

Eine schwere Brandkatastrophe ereignete sich Dienstag in der Holzwarenfabrik Gebrüder Winters in Regentanz bei Neudorf. Gegen 17 Uhr brach neben der Hobelmaschine Feuer aus. Als die Regensburger Feuerwehr eintraf, hatte das Feuer bereits Lieferausnahme angenommen. Infolge

der außerordentlichen Hitze waren die Feuerwehrmänner gezwungen, unter dem Schutz einer Bretterwand gegen die Flammen vorzugehen. Außerdem mußten diese dauernd mit Wasser übergoßen werden. Den Versuchen von zwölf Wehrentscheidungen schloß schließlich, das Feuer auf seinen Herd zu beschränken. Vernichtet wurden außer dem Holz 600 Zentner Holzschluff, 400 Zentner Holzschluff, ein Schuppen und der Holzwarenfabrikationsraum mit zahlreichen Maschinen. Mehrere Feuerwehrmänner erlitten Brandverletzungen. — Die Textilfabrik Sonnenstein in Unter-Waltersdorf in Niederösterreich wurde mit den anliegenden Arbeiterhäusern durch ein Großfeuer vernichtet. Das Hauptgebäude ist einseitig zerstört. Der Brand wurde durch eine Explosion im Maschinenhaus verursacht. Die Arbeiter und Arbeiterinnen konnten sich rechtzeitig durch die Treppen retten. Durch den Brand sind fast 200 Arbeiter hinfällig geworden.

Die Instruktion an der Prager Deutschen Universität dauert vom 25. September bis einschließlich 8. Oktober. Neueintretende inländische Hörer haben sich bei dem Dekan der betreffenden Fakultät persönlich zu melden und folgende Befehle vorzuweisen: Tauf- bzw. Geburtschein, den Ausweis über die Staatsbürgerschaft (Ausländer den Paß), das Reisepaßbuch, eventuell Abgangszeugnis der Hochschule, an der sie früher instruiert waren, eventuell ein Wohlverhaltenszeugnis, wenn das Hochschulstudium nicht an ein anderes Studium anschließt, das ausgefüllte Meldebuch und drei gleichlautend ausgefüllte Rationale. — Staatliche Studienunterstützungen und Wohnstipendien verleiht das Schulministerium in Prag mittellosem oder gleichneulsten außerordentlichen Hörern, die mindestens einen guten Studienerfolg aufweisen. Die Gesuche müssen mit dem Staatsbürgerlichkeitsnachweis, Vermögensausweis, Studienübersicht und Bestätigung über die ganze Schulgeldfreiung belegt, bis zum 8. Oktober eingebracht werden, und zwar für Studienunterstützung in der Kanakel der „Deutschen Studentenfürsorge“, Praga II, Kralovska 16, für Stipendienplätze in der Direktion des Deutschen Studentenheimes, Praga II, Lúbova 28. — Die freie Schule für politische Wissenschaften beginnt die Einkreislungen für das Herbstsemester am 25. d. im Bureau der Schule, Praga I, Vocimisch 8 (Karolinum). Einzelheiten in dem in Druck erscheinenden Studienprogramm.

Aus der Angestelltenbewegung

In einer am 16. September in Reicheneis abgehaltenen, aus dem gesamten Verbandsbereich stark besuchten Konferenz der Fachgruppe Industrie im Allgemeinen Angestellten-Verband Reicheneis besprach nach Begrüßungs- und Einleitungsreden des Verbandsobmannes Bergmann der Verbandssekretär Grünauer in längeren Ausführungen die Zwecke und Aufgaben der Fachgruppe. Ausgehend von den verschiedenen Organisationsformen der Gewerkschaftsbewegung zeigte er deren Bedeutung und die sich daraus ergebenden Gesichtspunkte für die Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der verschiedenen Berufsstände der Privatangestellten auf. Ferner beschäftigte er sich eingehend mit einer Reihe grundsätzlicher Fragen der Industrieangestellten und nahm zu der wirtschaftlichen Entwicklung vom Standpunkte der Gewerkschaftsorganisation und der in ganz besonderer Weise von den Auswirkungen der gegenwärtigen Verhältnisse in Mitleidenschaft gezogenen Angestellten der Industrie Stellung. Die daran zu knüpfenden Forderungen an Staat und Gesellschaft begründete er und richtete an die versammelten Vertreter die Aufforderung, im Sinne der daraus hervorzuhebenden Richtlinien und Leitgedanken zu wirken. Den beifällig aufgenommenen Darlegungen folgte die Wahl der Fachgruppenleitung, und zwar Obmann Adolf Pfohl (Reicheneis); Stellvertreter Pradel (Trautenau) und Ruhn (Jägerndorf); Beisitzer: Adler (Reicheneis), Kunz (Votomwald), Neuner (Elbogen), Sommer (Reicheneis), Walter (Vodenbach) und Preshendorfer (Kuffitz); Ehrenmitglieder: Haber (M. Schönberg), Pollmann (Vodenbach), Balck (Gaida), Liehner (Teplitz-Schönau) Schreihauer (Brüx).

Nach durchgeführter Wahl wurden vom Verbandsobmann Bergmann und Verbandssekretär Grünauer die schriftlich vorgelegten Richtlinien über die nächsten Aufgaben der Fachgruppe, über die Aufgaben und Ziele der Aufklärungs- und Bildungsarbeit sowie über die Bedeutung des neuen Ange-

stellengesetzes für die Privatangestellten besprochen. Nachdem noch Löwit (Reicheneis) den Erfinderschaub, Müller (Reicheneis) den notwendigen Ausbau des Lehrlingsrechtes zur Sprache gebracht hatten, nahmen Neuner (Elbogen), Kohl (Friedel) und Adler (Reicheneis) zu einzelnen Verufen und Organisationsfragen Stellung. Nach den Schlussworten des Verbandssekretärs Grünauer und des Verbandsobmannes Bergmann wurde nachstehende Entschliebung einstimmig angenommen:

Die aktiven Betriebsangestellten verlangen grundsätzlich einvernehmliche Lösung aller wirtschaftlichen und sozialen Fragen mit allen Privatangestellten bzw. ihren Verbänden und Spitzenorganisationen. Sie verlangen insbesondere: Sofortige ausreichende Verfürgung der Arbeitszeit, Einstellung des weiteren Gehalts- und Lohnabbaues, Befestigung des Lebensunterhalts und Doppelverdienens, unweilens, pflichtgemäße Arbeitsvermittlung, liberalere Geld- und Kreditpolitik zur Belebung der Wirtschaft, zielbewusste Exportförderung. Sie sehen in den Gehehmissen auf dem Gebiete der Margarine, Kontingenterstellung einseitige, nationalpolitisch wirkende Maßnahmen, die tausende Angestellte und Arbeiter in den deutschen Siedlungsgebieten um ihre Arbeitsplätze bringen würden. Gegen diese drohende Schädigung erheben sie schärfsten Einspruch

und verlangen in letzter Stunde eine Reaktion, die geeignet ist, den drohenden Verlust des Arbeitsplatzes für tausende, bereits sehr stark leistungsfähige Angestellte und Arbeiter abzuwenden. Sie werden sich ferner schärfstens gegen Nationalisierungsmaßnahmen, deren Auswirkungen sich gegen die Angestellten richten, Erneuerung des Produktionsapparates und geänderte Arbeitsmethoden in der Richtung der Intensivierung können sich nur dann volkswirtschaftlich nützlich auswirken, wenn diese Maßnahmen nicht allein vom Standpunkte der Erhaltung und Erhaltung des privaten Unternehmergewinnes getroffen werden.

Sie stellen weiter fest, daß sie auf dem Boden der tschechoslowakischen Republik stehen und an ihrem Ausbau tätig mitwirken. Sie fühlen sich daher berechtigt, zu verlangen, daß auch ihre und die Lebensrechte ihres Nachwuchses uneingeschränkt gewahrt werden. Sie warnen die maßgebenden Faktoren im Staate, eine Wirtschaftspolitik gewähren zu lassen die deutsche Arbeitsplätze zerstört, ohne daß dazu — vom rein volkswirtschaftlichen Standpunkte gesehen — Notwendigkeiten vorliegen würden, weil diese Wirtschaftspolitik ein mehr als beunruhigendes Element in sich trägt und die positive Einstellung der deutschen freigewerkschaftlichen Privatangestellten zum Staate sehr stark belastet.

PRAGER ZEITUNG

Ueberbrückung des Rusler Tales im Brückenbau-Programm

Nach einer Mitteilung des Bauamtes wurde das Bauprogramm für den Brückenbau in den nächsten fünf Jahren fertiggestellt. Die Hauptpunkte dieses Programms bilden der Ersatzbau für die eiserne Stefanik-Brücke und der Brückenbau über das Rusler Tal. Der Plan weist schließlich noch eine Reihe von Ueber- und Unterführungen auf, die für die Entwicklung des Prager Verkehrs unerlässlich sind. Der Umbau der Stefanik-Brücke ist wegen der überaus großen Frequenz notwendig geworden. Die Ueberbrückung des Rusler Tales wird allerdings erst in Angriff genommen werden, bis außerordentliche Mittel zur Verfügung stehen werden, da ein Posten für diesen Bau keine Aufnahme im Stadtbudget finden kann.

Straßenbahnkarren gestohlen. Dem Straßenbahnkonduktor Josef Hajek, der Dienstag nachmittags in einem 20er-Wagen der Straßenbahn Dienst machte, wurden Fahrheime im Werte von 1300 Kč entwendet. Hajek hatte die Fahrkarten in einer Blechdose im Innern des Wagens aufbewahrt und bemerkte den Verlust erst gegen 11 Uhr nachts. Die Fahrheime sind für den Dieb wertlos, der Schaffner, der für die Karten die Verantwortung trägt, erleidet einen erheblichen Schaden.

Gerichtssaal

Ein 64jähriger Stillschleitsverbrecher

Geheime Verhandlung vor dem Schwurgericht. Prag, 19. September. Das heutige Schwurgericht trat unter Ausschluss der Öffentlichkeit. Angeklagt war der 64jährige Pensionist Frana Mráček des Verbrechens der Notzucht, begangen durch Geschlechtsverkehr mit einem Mädchen unter 14 Jahren. Es handelt sich allem Anschein nach um ein völlig verwehrtes Kind, das die intimen Beziehungen mit dem Greis nicht gedenkt, sondern geradezu herausgefordert hat. Auch dieser Umstand bildet natürlich keinen Entschuldigungsgrund für den Angeklagten, der überdies wegen fittlicher Verfehlungen schon mit den Sicherheitsbehörden zu tun hatte und, trotz seines Alters, den Ruf eines geschlechtsmäßig ausgelassenen Menschen hat. Die geheime Verhandlung endete mit einem Schuldspruch, worauf der Schwurgerichtshof des G. R. Mráček den alten Sünder zu achtzehn Monaten schweren und verstärkten Kerker verurteilte.

Aus der Partei

Bei der sozialistischen Jugend in Südböhmen

Vergangenen Sonntag fand in Niegerschlag bei Neuhaus eine Versammlung der Sozialistischen Jugend statt, die überaus gut besucht war. Die Versammlung gewann deshalb an Bedeutung, weil es gelungen ist, mit Hilfe der Kleinbauernorganisation in Niegerschlag eine SD-Gruppe zu gründen. Genosse Josef Kreiner aus Komotau sprach vor den Jugendlichen aus Niegerschlag, Diebling, Suden und Albern über das Ziel der SD. Der große Beifall zum Schluss bewies, daß seine Worte auf fruchtbaren Boden gefallen sind. Unsere südböhmische Arbeiterjugend, die ja unter den denkbar schlechtesten wirtschaftlichen Verhältnissen zu leiden hat, hält den Angriffen der Landhändler und Genossenschaftler tapfer stand. Jeder Versuch dieser Gegner, die dortige Arbeiterjugend für sich zu gewinnen, scheitert kläglich! Vorbildlich ist die Zusammenarbeit zwischen jung und alt. Die alten Parteigenossen, die in der Versammlung unter der Führung des Genossen Siegmund anwesend waren, sprachen ihre Freude über das Gelingen der SD-Gruppen-Gründung aus und versicherten, alles zu tun, damit wir im Süden Böhmens auch weiterhin erfolgreich eindringen können. Bemerkenswert ist, daß die Genossenschaftler einigermäßig „demonstrativ“ vor unfreier Versammlungsfreiheit auf und ab marschierte, in die Versammlung selbst haben sich die „deutschen Helden“ wohlweislich nicht hineingetraut. Es war ja auch besser für sie. Nach einer Ansprache mit den dortigen Jugendfunktionären, die ungemein interessant war, gingen die Jungen und Mädels mit einem stolzen Gefühl im Herzen auseinander. Sie stehen auf der Wacht. Sie lassen die rote Fahne nicht sinken!

Kunst und Wissen

Spielplan des Neuen Deutschen Theaters. Heute, Donnerstag, halb acht Uhr: Don Carlos, Werbestellung der Serie C 2. — Freitag halb 8 Uhr: Die Entführung aus dem Serail, D 2. — Samstag halb 8 Uhr: Schloß Wetterstein, Werbestellung der Serie D 1, neunminütiger anlässlich des 70. Geburtstages Bedekinds.

Spielplan der Kleinen Bühne. Donnerstag halb 8 Uhr: Märchen im Grandhotel, Erstaufführung. — Freitag 8 Uhr: Märchen im Grandhotel. — Samstag 8 Uhr: Märchen im Grandhotel.

Mitteilungen aus dem Publikum.

Der Protest der Konsumenten, die gegen die Aufkaffung der Fabrikreparaturverhältnisse protestieren, hat alle Erwartungen übertroffen. Die Vasa-Werke hatten damit gerechnet, daß binnen 14 Tagen 5.000.000 Personen den Protest unterschreiben werden. Diese Erwartung wurde aber bereits am Sonntag übertroffen. Am Montag waren auf den Protestlisten 5.575.112 Unterschriften, zu denen am Montag noch ca. 500.000 weitere kamen. Die Vasa-Werke beenden daher die Aktion, die 10 Tage, inklusive der heutigen, gedauert hat. Die Unterschriften zur Petition, die die Regierung ersucht, daß sie die Fabrikreparaturen nicht verbietet, sind auf 800.000 Bogen gesammelt und werden in 1200 Bücher gebunden, welche 4 Metergenner wiegen und übereinandergelagert eine 36 Meter hohe Säule darstellen. Das riesige Echo, das die Aktion erweckte, zeigt, daß die Vasa-Werke eine verbreitete Arbeitsgemeinschaft darstellen, die einen unzerstörbaren Teil des Wirtschaftlichen und sozialen Lebens der Republik bildet. Daran, daß sie nicht geschädigt wird, haben zehntausende von Unternehmern, Arbeitern, Verkäufern, Geschäftskleuten und Gewerbetreibenden aller Branchen und vor allem Millionen von Konsumenten, die in ihr eine Waffe gegen die Teuerung, Spekulation und Arbeitslosigkeit sehen, ein Existenzinteresse.

„Der gefährlichste Mann des Balkans“

Die romantische Flucht des mazedonischen Freiheitshelden

Sofia, 16. September. Vor wenigen Tagen gelang es, wie bereits kurz berichtet wurde, dem berühmten mazedonischen Rebellenführer Ivan Michailoff, dem „gefährlichsten Mann des Balkans“, den ihn verfolgenden bulgarischen Gendarmen zu entkommen. Er, seine Frau und einige schwerbewaffnete Begleiter rasteten in zwei Automobilen bei der Stadt Ellivovo über die türkische Grenze, wohin die bulgarischen Gendarmen nicht folgen konnten.

Seit über zehn Jahren macht Michailoff der bulgarischen Regierung zu schaffen, und nie konnte er trotz unausgesetzter Verfolgung gefaßt werden, denn seine Zusammenstöße mit der Polizei fielen immer zu seinem Vorteil aus. Bulgarien hat sofort bei der türkischen Regierung die Auslieferung Michailoffs beantragt, aber es steht keineswegs fest, ob die Türken in die Auslieferung des Geldes der mazedonischen Freiheitsbewegung einwilligen. Für die Türken, denen eine Loslösung Mazedoniens von Bulgarien nicht unangenehm wäre, ist Michailoff einfach ein vollkommener Flüchtling. Die

Bulgarien jedoch betrachten ihn als einen Verbrecher; sie fürchten, daß er die in Thracien lebenden Bulgaren aufwiegelt. Nach den letzten Berichten soll Michailoff nämlich in der thrakischen Stadt Kirklar Eli gesehen worden sein. Seit der Begründung des neuen Regimes in Bulgarien haben Hunderte von Gendarmen, Detektiven und Spionen unablässig nach dem gefährlichsten Revolutionär gesucht, der in Wirklichkeit die Seele der mazedonischen Unabhängigkeitsbewegung, die den Bulgaren so viel zu schaffen macht, darstellt. Michailoff soll angeblich die ganze Zeit über nach alter Verfassungsverfassung in den riesigen Wäldern Südbulgariens gelockt haben, wo ihn seine zahlreichen Anhänger vorhaben und beschützen. Seine jetzt unerwartet erfolgte Flucht nach der Türkei ist wahrscheinlich durch die Unmöglichkeit, dem sich immer dichter zusammenschließenden Netz der Verfolger noch lange zu entgehen, veranlaßt worden und muß als ein Erfolg der bulgarischen Regierung in ihrem Kampf gegen die „Mazedonien der Mazedoniern“-Bewegung betrachtet werden.

Bezugsbedingungen: Bei Bestellung ins Haus oder bei Bezug durch die Post monatlich Kč 16. —, vierteljährig Kč 48. —, halbjährig Kč 96. —, ganzjährig Kč 192. —. — Inserate werden laut Tarif billiger berechnet. Bei öfteren Einschaltungen Preisnachlaß. — Rückstellungen von Manuskripten erfolgt nur bei Einlieferung der Retourmarken. — Die Zeitungsdruckerei wurde von der Post- und Telegraphendirektion mit Erlaß Nr. 13.800/VII/1930 bewilligt. — Druckerei: „Orbis“, Druck-, Verlags- und Zeitungs-A.G., Prag.

Wir danken Ihnen!

Wir danken Ihnen allen und jedem besonders für die Verteidigung der guten Sache und guten Arbeit.

Die Petition gegen die Auflassung der Reparaturwerkstätten, welche wir der Regierung überreichen, unterschrieben

6,000.000 Leute.

Es ist dies die entschiedene Mehrheit der arbeitenden Bevölkerung unserer Republik.

Es ist dies die Stimme des Volkes.

Sie stimmten für wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt.

Sie stimmten gegen Krise und Teuerung.

Wir beenden heute die Unterschriften-Aktion.

Wir danken Ihnen im Namen 30.000 Mitarbeiter in den Verkaufsstellen, Reparatur- und Fabrikswerkstätten.

Wir danken Ihnen im Namen tausender Lieferanten und deren Angestellten.

Zum ersten Male in unserem Staate haben Sie — die Konsumenten — gesprochen.

Wir glauben, daß Ihre Stimme gehört und gewertet wird.

Wir werden Ihnen weiter mit guter Ware und guten Reparaturen treu dienen.

2706

Rata